

**Dringliche Interpellation Fraktion BDP/CVP (Martin Schneider, parteilos):
Politische Meinungsumfragen via Schulamt?**

In Zusammenarbeit mit der Pädagogische Hochschule Bern hat das Schulamt der Stadt Bern am 5.5.2010 einen ersten Evaluationsfragebogen betreffend der Umsetzung des Art. 17 VSG (Integration) an sämtliche Lehrkräfte der Gemeinde Bern geschickt. Gemäss Integrationskonzept ist eine solche Evaluation durchzuführen, um den aktuellen Umsetzungsstand, die Befindlichkeit der Lehrkräfte sowie allfällige Probleme frühzeitig zu erkennen.

Wenn man diesen Fragebogen nun genau anschaut, tauchen Fragen auf, die Fragen aufwerfen.

Zum Beispiel:

„Sollte man den in der Schweiz lebenden AusländerInnen jede politische Tätigkeit verbieten?“

Oder:

„Wenn die Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in der Schweiz lebenden AusländerInnen in ihre Heimat zurückschicken?“

Dazu werden in diesem angeblich anonymen Fragebogen Daten über Geburtsdatum, Ausbildungen, Anstellungsprozente, Funktion und Ort der Anstellung erhoben.

Wir bitten den Gemeinderat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wer hat diese Evaluation in Auftrag gegeben und wer hat die Fragen ausgearbeitet?
2. Warum tauchen in einer Evaluation zu Art. 17 VSG politisch motivierte Fragen auf?
3. Wem sind diese Daten zugänglich?
4. In welche Richtung beabsichtigt die BSS mit solchen Suggestivfragen zu evaluieren?
5. Ist der Gemeinderat bereit, diese Umfrage zu stornieren und eine neue Umfrage ohne politisch motivierte, sondern mit zweckdienlichen Fragen zu lancieren?

Begründung der Dringlichkeit:

Da der Fragebogen bereits versandt wurde, befindet sich die Sache in wachsendem Schaden.

Bern, 06. Mai 2010

Dringliche Interpellation Fraktion BDP/CVP (Martin Schneider, parteilos), Edith Leibundgut, Manuel C. Widmer, Vinzenz Bartlome, Kurt Hirsbrunner, Robert Meyer, Ueli Jaisli, Béatrice Wertli, Thomas Begert, Mario Imhof, Jimmy Hofer, Simon Glauser, Susanne Elsener, Tanja Sollberger, Michael Köppli, Pascal Rub, Claudia Meier

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Das Institut für Heilpädagogik der Pädagogischen Hochschule (PH) plant seit rund einem Jahr ein Forschungsprojekt über die Einstellung der Lehr- und Fachpersonen zur Integration. Für

die entsprechenden Rohdaten suchte die PH Bern die Zusammenarbeit mit verschiedenen Schulen. Im Sommer 2009 wurde eine Kooperation mit der Stadt Bern vereinbart. Diese erhielt damit die Gelegenheit, die Forschungsergebnisse für die eigene, im Integrationskonzept Volksschule vorgesehene und vom Stadtrat gewünschte Evaluation des Integrationsprozesses in der Schule zu nutzen.

Im geplanten Forschungsprojekt der PH Bern geht es um die Frage, ob und wie die Einstellungen von Lehr- und Fachpersonen zur Integration vor und während der Umsetzung der Integration sind bzw. wie sie sich verändern. Mit der Befragung der Lehrpersonen sollen Informationen generiert werden zu Stichworten wie

- Einstellungen von Lehrpersonen zur Integration,
- Befinden von Lehr- und Fachpersonen (beispielsweise Zufriedenheit, Reformbereitschaft, Motivation),
- Daten zum Umfeld (Klassensituation, Klima der Schule/Klasse),
- Eckdaten zur Schule (Klassengrösse, Heterogenität)

Von Seiten der Stadt Bern war von Interesse, nicht nur die Regelklassen-Lehrpersonen, sondern auch die Lehrpersonen für den Spezialunterricht und die Schulleitungen zu befragen. Das Forschungsprojekt wurde in der Konferenz der Schulleitungen (KSL) vorgestellt. Über seinen Verlauf wurde in Newslettern des Schulamts berichtet und die Erhebung für Mai 2010 angekündigt.

Die Befragung wurde am 5. Mai 2010 gestartet. Von einzelnen Lehrpersonen wie auch vom Berufsverband LEBE regte sich Widerstand. In Frage gestellt wurden zum einen die - angeblich fehlende - Anonymität, zum andern die - scheinbaren - Suggestiv- und Gesinnungsfragen.

Zur Frage der Anonymität:

Laut Kritik seien aufgrund der geforderten Angaben zur eigenen Person (Alter, Unterrichtpensum, Schulstandort) Rückschlüsse auf die konkrete Person möglich und damit der Datenschutz nicht mehr gewährleistet. Dies trifft nicht zu. Die Kriterien bezüglich Datenschutz waren jederzeit gewährleistet. Die Online-Befragung ist technisch so aufgebaut, dass die ausgefüllten Fragebogen anonymisiert werden, d.h. es werden bereits bei der Datenerhebung alle Namen codiert. Die Daten sollten auf der Ebene von Mittel- und Skalenwerten betrachtet werden (z.B.: unterscheiden sich durchschnittliche Einstellungen in Bern von denjenigen in den USA? Sind Frauen integrationsfreundlicher als Männer?) Es werden nicht die Aussagen einzelner Personen betrachtet oder Resultate kommuniziert, die Rückschlüsse auf Individuen zulassen. Wesentliches Merkmal der Kooperation war zudem die Auslagerung der Daten an ein unabhängiges, forschungserprobtes Institut: Einzig die beiden Forschenden des Heilpädagogischen Instituts der PH Bern hatten Einsicht in die Daten. Dem Schulamt wären nur zusammenfassende Ergebnisse kommuniziert worden. Durch diese Trennung erfahren die Daten einen hohen Schutz. Die Forschenden des Heilpädagogischen Instituts der PH Bern hatten und haben keinen Zugriff auf Personaldaten des Schulamts (ausser den E-Mail-Adressen von base4kids).

Zur Frage der Suggestiv- und Gesinnungsfragen:

Ein Teil der Kritik (wie auch der vorliegende Vorstoss) bezeichnete bestimmte Frageblöcke als Suggestivfragen. Insbesondere würden mit diesen Fragen politische Haltungen und Gesinnungen der Lehrpersonen gefragt. Diese Frageblöcke - genannt wurden die Fragen zu den Einstellungen zu Ausländerinnen und Ausländer - stammen von der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften in Deutschland (ALLBUS). Seit 1980 werden mit ALLBUS alle zwei Jahre bei 3 000 Personen Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur erhoben. Damit steht eine methodisch anspruchsvolle Datenbasis zur Verfü-

gung, welche für zahlreiche Analysezwecke genutzt werden kann und sich in der Praxis bewährt hat. Es stehen zu einzelnen inhaltlichen Schwerpunkten Datensätze bereit, welche der Untersuchung von Einstellungen und Verhaltensweisen dienen. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit der allgemeinen Bevölkerungsumfrage ist der Grund für die Aufnahme dieser Fragen in den Fragebogen an die Lehrpersonen.

Die Fragen sowie weitere Themen wie z.B. die Berufszufriedenheit, Zusammenarbeitsformen, die Belastungen durch Heterogenität in der Schulklasse, Kontakt mit Kindern und Menschen mit Behinderungen u.a.m. werden im Rahmen der Untersuchung als erklärende Merkmale eingesetzt. Inwiefern diese tatsächlich einen Beitrag zur Erklärung von Integrationseinstellungen leisten, war resp. ist Gegenstand des Forschungsprojekts.

Mit den Ergebnissen der Fragebogenerhebung hätte eine wissenschaftlich fundierte Sichtweise ermöglicht werden sollen. Anders als in andern Untersuchungen, in welchen die Praxis systematisch reflektiert wird, sollten hier die Einstellungen, Befindlichkeiten und Belastungen der Lehrpersonen im Zuge der Umsetzung der Integration im Zentrum stehen.

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport teilt die Auffassung, dass einzelne der Fragen missgedeutet werden können und bedauert dies. Die Befragung wurde umgehend gestoppt und die bereits eingegangenen Daten gelöscht. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport und die PH Bern prüfen derzeit, ob und wie die Befragung der Lehrpersonen in gekürzter Form, d.h. ohne die kritisierten Frageblöcke, durchgeführt werden könnte.

Antworten zu den einzelnen Fragen

Zu Frage 1:

Bei der Evaluation handelt es sich um ein Kooperationsprojekt zwischen dem Heilpädagogischen Institut der PH Bern und dem Schulamt der Stadt Bern. Der Fragebogen wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts des Heilpädagogischen Instituts der PH Bern entwickelt. In der KSL vom 1. September 2009 wurde das Forschungsvorhaben vorgestellt. Das Schulamt der Stadt Bern hatte Einblick in die Entwicklungsarbeiten für die Online-Befragung der Stadt Bern und die Möglichkeit eigene Fragen zu formulieren oder Änderungsvorschläge anzubringen. Da es sich um eine wissenschaftliche Forschungsarbeit und teilweise um standardisierte Fragen (ALLBUS) handelte, hielt sich das Schulamt bei den Standardfragen mit Änderungen zurück.

Zu Frage 2:

Die Frage, welche Bedeutung Einstellungen der Beteiligten bei der Umsetzung von Integration haben, ist zentral. So kann zum Beispiel vermutet werden, dass eine deutliche Ablehnung von Integration sich auch in entsprechenden Umsetzungen zeigt. Umgekehrt kann aber auch angenommen werden, dass sich Einstellungen mit den notwendigen Unterstützungen und positiven Praxiserfahrungen positiv verändern können. Damit solche Veränderungen zuverlässig festgestellt werden können, ist es notwendig, mögliche, beeinflussende Merkmale (wie z.B. das Alter) zu kontrollieren. Dies wurde von den Forschenden angestrebt, indem zum Beispiel Einstellungen zu Ausländerinnen und Ausländern erhoben wurden.

Zu Frage 3:

Die Daten waren ausschliesslich dem Verantwortlichen für das Forschungsprojekt aus dem Institut für Heilpädagogik der PH Bern (Dr. Michael Eckhart) und seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter zugänglich. Dies allerdings auch nur in anonymisierter Form. Die Forschenden hatten keinen Zugriff auf Personaldaten des Schulamts. Alle erhobenen Daten wurden in ge-

gegenseitiger Absprache zwischen dem Schulamt der Stadt Bern und dem Institut für Heilpädagogik nach dem Erhebungsstopp gelöscht.

Zu Frage 4:

Die Fragen zu den Einstellungen zu Ausländerinnen und Ausländern wären als erklärende Merkmale für die Beschreibung von Gesamtzusammenhängen einbezogen worden.

Zu Frage 5:

Ja. Die Umfrage wurde in gegenseitiger Absprache zwischen dem Schulamt der Stadt Bern und dem Heilpädagogischen Institut der PH Bern gestoppt. Grundsätzlich besteht nach wie vor ein grosses Interesse an der Umfrage, um die Lehrpersonen direkt zur Integration befragen zu können und Kenntnis zu erhalten von ihren diesbezüglichen Erfahrungen und Erkenntnissen. Vor diesem Hintergrund prüfen die Direktion für Bildung, Soziales und Sport und die PH Bern derzeit, ob und wie der Fragebogen überarbeitet werden könnte resp. müsste, damit die Umfrage doch noch durchgeführt werden kann. Es sei abschliessend festgehalten, dass die Zusammenarbeit mit der PH Bern für die Stadt Bern auch wirtschaftlich interessant ist, da diese sonst zu diesen Konditionen kaum zu einer Umfrage bei allen Lehrpersonen käme.

Bern, 2. Juni 2010

Der Gemeinderat